

SOLIDARITÄT



IM FOKUS

**Bedrohte
Zivilgesellschaft**



SUISSE
SOLIDAR

KÄMPFEN FÜR GLOBALE FAIRNESS



Felix Gnehm
Geschäftsführer Solidar Suisse

**LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER**

Diese Ausgabe ist einem beunruhigenden globalen Trend gewidmet: **Shrinking Space**, dem Verlust des demokratischen Raums für die Zivilgesellschaft. Eigentlich verlief der globale Trend seit den 1970er Jahren in eine positive Richtung, nahmen doch weltweit die politischen Rechte und Freiheiten der Bürger*innen zu.

Ab 2005 wendete sich jedoch das Blatt. Seither haben über hundert nicht-demokratische wie auch demokratische Regierungen restriktive Gesetze eingeführt, die den Handlungsspielraum von Organisationen der Zivilgesellschaft einschränken oder diese gar verbieten. Die überwältigende Mehrheit der Weltbevölkerung lebt heute in Ländern, deren Regierungen als «repressiv» und «unterdrückend» eingestuft werden. Mehr als ein Viertel der Menschen sind gar Bedingungen ausgesetzt, in denen staatliche und nicht-staatliche Akteur*innen routinemässig Menschen einsperren, verletzen und töten, weil sie ihre Grundrechte ausüben wollen. Und Covid-19 kommt vielen Regierungen gelegen, um Freiheiten zusätzlich einzugrenzen.

Lesen Sie auf den folgenden Seiten, was **Shrinking Space** für das Engagement von **Solidar Suisse** in unseren Schwerpunktländern konkret bedeutet – und wie wir unsere Partnerorganisationen unterstützen, erst recht aktiv zu bleiben.

Felix Gnehm

PS: Gendergerechter Sprachgebrauch war **Solidar Suisse** schon immer wichtig. Bis anhin haben wir mit dem Binnen-I dafür gesorgt, dass sich Frauen und Männer angesprochen fühlen. Dieses ersetzen wir per sofort durch den Gender*, der es ermöglicht, alle Geschlechter in unsere Kommunikation einzuschliessen.

INHALT

04



Im Fokus – Einschränkung der Zivilgesellschaft

- 04 Der weltweit schwindende Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft gefährdet Demokratie und Chancengleichheit
- 08 In Asien kann ein Protest auf Facebook zur Entlassung und Verhaftung führen
- 10 Wer in Moçambique vom Recht auf Meinungsfreiheit Gebrauch macht, lebt gefährlich
- 11 Nicaragua: Die Regierung unterdrückt alles, was ihren Machterhalt gefährden könnte
- 12 Alexandra Karle von Amnesty International: Die Schweiz hätte mehr Möglichkeiten, Menschenrechtsverletzungen zu verhindern

13 Festgehalten

Aktuelles im Überblick

14 Hingeschaut

In malaysischen Abschiebezentren werden Arbeitsmigrant*innen systematisch erniedrigt und misshandelt

16 Anpacken

Athit Kong setzt sich für die Rechte von Textilarbeiter*innen in Kambodscha ein

17 Solidar empfiehlt

Ausstellung: Patumbah liegt auf Sumatra

19 Mitkämpfen

Aktiv werden mit Solidar Suisse

14



16

18 Sudoku und Medienschau

19 Impressum

20 Kämpfen Sie mit uns gegen extreme Ungleichheit

IM FOKUS - EINSCHRÄNKUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT





Hongkong: Protest gegen den Gesetzesentwurf für Auslieferungen nach China im Juli 2019.

Der Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft wird zunehmend eingeeengt – mit einschneidenden Auswirkungen auf die Demokratie und die Gerechtigkeit weltweit.

OHNE TEILHABE KEINE DEMOKRATIE

*Text: Klaus Thieme, Leiter Internationale Programme,
Fotos: Studio Incendo und Solidar Suisse, Cartoon: Mello*

Demokratische Gesellschaften werden von einer starken, eigenständigen Zivilgesellschaft getragen. Engagierte Einzelpersonen, Gruppen, Vereine, Gewerkschaften und Hilfswerke nehmen an öffentlichen Debatten teil, kritisieren Missstände, fordern Transparenz und verringern so Korruption. Sie sorgen dafür, dass die Anliegen von Arbeiter*innen, Frauen*, Migrant*innen, LGBTIQ etc. gehört werden, dass diese Schutz und Unterstützung erhalten und am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben können. All das trägt zu friedlicheren und dynamischeren Gesellschaften mit mehr Chancengerechtigkeit für alle bei.

Gängelung von NGOs

Doch der Handlungsspielraum für die Akteur*innen der Zivilgesellschaft, zum Beispiel Nichtregierungsorganisationen (NGOs), wird zusehends kleiner. Heute leben nur noch drei Prozent der Weltbevöl-

kerung in Staaten, die als «offen» gelten. Laut dem globalen Netzwerk zivilgesellschaftlicher Organisationen (CIVICUS), wird heute in 111 von 196 Ländern der zivilgesellschaftliche Spielraum einge-

«Heute wird in 111 von 196 Ländern der zivilgesellschaftliche Spielraum eingeschränkt.»

schränkt. Dieser «Shrinking civic space» beinhaltet die Beschränkung grundlegender Rechte wie der Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit in Politik und Praxis.

In immer mehr Ländern werden NGOs gegängelt, zum Beispiel indem Registrierungsprozesse unnötig erschwert und intransparent gestaltet werden. Insbesondere für NGOs in den ärmsten

Ländern wird es ständig schwieriger, Spenden aus dem Ausland zu erhalten. Steuerprivilegien werden gestrichen oder teilweise sogar Sondersteuern auferlegt. Auch in der Schweiz machen sich solche Tendenzen bemerkbar (siehe Seite 12).

Regierungen gehen verstärkt gegen unbequeme NGOs vor, wenn sie mehr Transparenz und Mitsprache verlangen oder die wirtschaftlichen Interessen von mächtigen Lobbygruppen bedrohen – ob Militär, Minenkonzerne oder Rinderzuchtbetriebe. Staatliche Stellen schrecken auch nicht vor der Verbreitung von Falschmeldungen und dubiosen Anschuldigungen zurück.

Drohungen und Kriminalisierung

Mit dem Ziel, die Aktivitäten von NGOs zu erschweren oder gar zu verunmöglichen, werden Mitarbeitende, Gewerkschafter*innen, Aktivist*innen, Menschenrechtler*innen, aber auch Journalist*innen bedroht, verklagt und oft genug körperlich attackiert. Dies geschieht in einigen Ländern explizit gegen Frauengruppen, Migrant*innen oder sexuelle Minderheiten, oft unter Beschwörung

Frauendemonstration am 8. März 2015 in Nicaragua.



einer konstruierten nationalen Identität oder der vermeintlich guten alten Zeit. In anderen Ländern bekämpft der Staat flächendeckend jegliche Opposition – eine öffentliche Kritik an den Mächtigen wird nicht geduldet.

Dabei lernen autoritäre Regierungen voneinander und vergiften nach und nach das politische Klima weltweit: Wenn Ex-Präsident Trump bei jedem kritischen Zeitungsartikel sofort von Fake News spricht, wird dieses Gebaren gerne von diktatorischen Staatenlenker*innen übernommen. Missachtet ein Staat wie Ungarn internationale Verträge, ohne dass dies Konsequenzen hat, nutzen dies andere Länder als Rechtfertigung, dasselbe zu tun.

Erschwerte Arbeit von Solidar Suisse

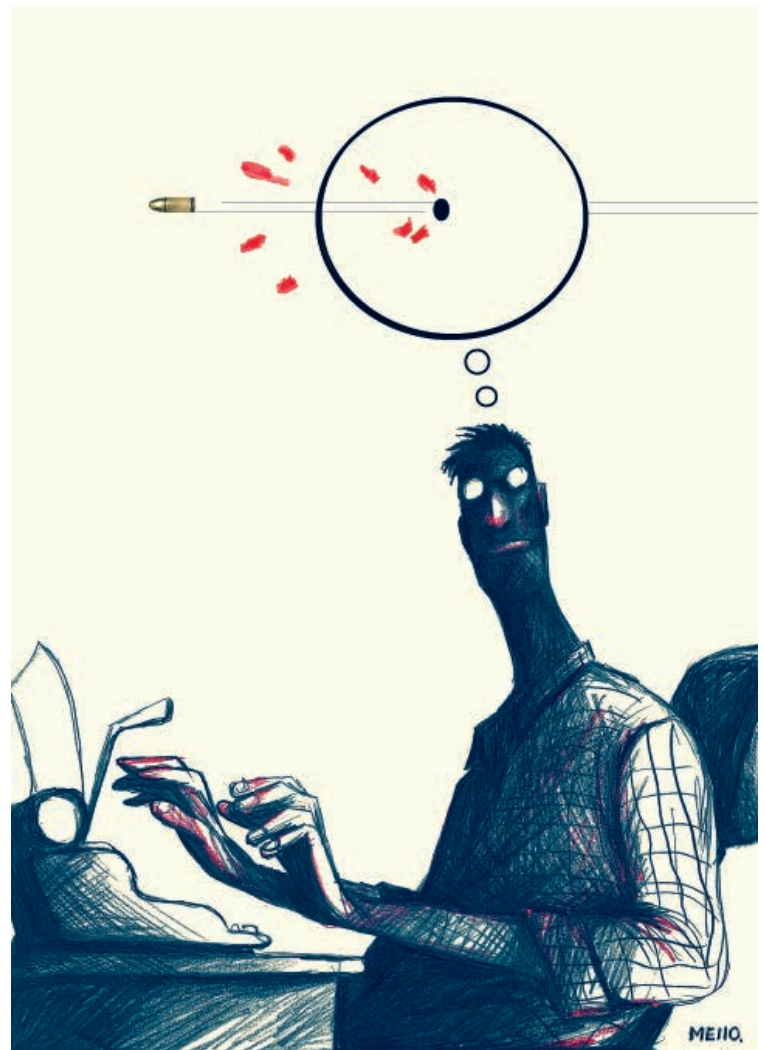
In vielen Ländern kommen unsere Partnerorganisationen immer häufiger unter Druck:

So wurde Mitte Oktober 2020 in Nicaragua ein Gesetz zur Kontrolle von «ausländischen Agenten» verabschiedet. Anders als der Name vermuten lässt, richtet sich dieses nicht gegen feindliche Geheimdienste. Als «ausländische Agenten» werden neuerdings Vereine und Hilfswerke bezeichnet, die Spenden aus ausländischen Quellen erhalten. Sie müssen sich gesondert registrieren lassen und einen enormen Aufwand betreiben, um weiterarbeiten zu können. Frauengruppen, von jeher der Opposition verdächtigt, sind besonders von den Massnahmen betroffen (siehe Seite 11).

In Moçambique unterdrückten die Behörden während den letzten Wahlen gewaltsam Kundgebungen und Demonstrationen, die von zahlreichen oppositionellen zivilgesellschaftlichen Gruppen angeführt wurden. Mitglieder von NGOs, religiösen Einrichtungen und den Medien sahen sich Schikanen, Einschüchterungen und Morddrohungen ausgesetzt, weil sie Unregelmässigkeiten während des Wahlprozesses dokumentierten (siehe Seite 10).

Hongkongs neues Sicherheitsgesetz hebelt das bisherige Rechtsstaatssystem und die Meinungsfreiheit quasi aus: Die Polizei braucht für Hausdurchsuchungen künftig keinen Durchsuchungsbefehl eines unabhängigen Gerichts mehr. Die juristische Kontrolle polizeilicher Überwachungsmaßnahmen ist weitgehend abgeschafft. Menschenrechtsaktivist*innen drohen mit dem neuen Gesetz drakonische Haftstrafen bis hin zu einer Ausweisung auf das chinesische Festland.

Auch in Kambodscha werden die Menschen- und Arbeitsrechte nicht eingehalten. Zivil- und strafrechtliche Verfahren gegen Aktivist*innen



erschweren die Organisationsfreiheit. Mehrere Morde an Gewerkschaftsführer*innen wurden bis heute nicht aufgeklärt (siehe Seite 16).

Verschärfung durch Corona-Krise

Wegen Covid-19 wurde letztes Jahr in vielen Ländern der demokratische Handlungsraum noch kleiner. Die Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie könnten viele Staaten in Versuchung bringen, nach der hoffentlich bald überwundenen Krise die dazugewonnene Kontrolle über die Bürger*innen beizubehalten.

Für Solidar Suisse bedeutet diese Entwicklung, dass wir fortschrittliche Bewegungen, die für demokratische Freiheiten und Rechte kämpfen, verstärkt unterstützen. Denn nur wenn die Menschen sich frei und ungehindert organisieren, beteiligen und miteinander kommunizieren können, ist es möglich, die politischen und sozialen Strukturen für eine gerechte Gesellschaft zu schaffen – weltweit.



GEFÄNGNIS FÜR EINEN FACEBOOK-POST

Die Einengung der demokratischen Räume in Asien erschwert den Kampf für Arbeitsrechte. Das zeigt die Geschichte von Soy Sros.

Text: Sanjiv Pandita, Koordinator des Asien-Programms von Solidar Suisse, Foto: Andreas Schwaiger

Am 2. April 2020 verhaftete die kambodschanische Polizei Soy Sros, eine Textilarbeiterin und Gewerkschaftsaktivistin. Sie arbeitete in der Handtaschenfabrik Superl Ltd. in Phnom Penh, die für verschiedene Luxusmarken produziert. Die alleinerziehende Mutter von zwei Kindern hatte am 31. März auf Facebook gegen den Plan des Unternehmens protestiert, mehr als 80 Arbeiter*innen zu entlassen, darunter eine schwangere Frau. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als die ganze Welt unter den ersten Auswirkungen von Covid-19 litt und die Textillieferketten angebots- wie nachfrageseitig unterbrochen waren. Die kambodschanische Regierung gab die Anweisung, die Arbeiter*innen nicht zu entlassen, sondern sie zu stark reduzierten Löhnen weiter zu beschäftigen. Trotzdem strebte Superl Ltd. die Massenentlassung an. Ein Tag nach der öffentlichen Kritik auf Facebook nötigte der Arbeitgeber Soy Sros, ihre Nachricht zu löschen und versuchte gar, sie zu zwingen, eine Erklärung zu unterschreiben, dass sie «Fake News verbreitet

habe und ihr Bedauern darüber ausdrücken wolle», was Sros jedoch ablehnte. Tags darauf wurde sie wegen «Anstiftung zu sozialen Unruhen, Verleumdung des Unternehmens und Verbreitung von Fake News» verhaftet. «Die Polizisten fragten mich, ob ich berühmt werden wolle oder ob ich versuche, jemanden aufzuhetzen. Sie beschimpften mich und verletzen meine Würde als Frau», berichtete sie später gegenüber BuzzFeed News.

Repressive Gesetze

Soy Sros steht stellvertretend für Tausende marginalisierter Arbeiter*innen in Asien, die zunehmend kriminalisiert werden durch korrupte Systeme, in denen ein blosser Protest auf Facebook Menschen ins Gefängnis bringen kann. Die Unternehmen profitieren von billigen Arbeitskräften und weigern sich, die Arbeiter*innen als Menschen anzuerkennen und ihnen Rechte zuzugestehen. Viele asiatische Regierungen haben die Möglichkeiten, sich zu organisieren und Verbesserungen auszuhandeln,

*Textilarbeiter*innen in Phnom Penh
auf dem Weg in die Fabrik.*

in den letzten Jahren stark reduziert. Der demokratische Raum wird durch die Verabschiedung von repressiven Gesetzen eingeschränkt, welche die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit beschneiden und jede abweichende Stimme kriminalisieren. Hunderte Aktivist*innen, Gewerkschafter*innen, Oppositionsführer*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen wurden inhaftiert und einzelne sogar getötet.

Diese in ganz Asien zu beobachtende Tendenz betrifft einige Länder stärker. In Kambodscha, wo Solidar Suisse tätig ist, ist die Erosion der demokratischen Räume besonders ausgeprägt. Im Jahr 2017 wurde die wichtigste Oppositionspartei – die Cambodian National Rescue Party (CNRP) – vom Obersten Gerichtshof aufgelöst und deren Führung verhaftet. Das Land entwickelt sich zunehmend zu einem totalitären Staat mit einer Einheitspartei. Im Jahr 2019 wurden weitere Verschärfungen des Gewerkschaftsgesetzes verabschiedet. Covid-19 hat die Situation noch verschlimmert, denn in der ganzen Region benutzen die Regierungen die Pandemie als Vorwand, um «Notstandsgesetze» zu erlassen und den zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraum zu beschneiden.

Protest als kriminelle Handlung

Auch die lokalen Solidar-Partnerorganisationen sind bei ihrer täglichen Arbeit Repressalien und einer starken Überwachung durch die Behörden ausgesetzt. Vielen wird es erschwert, eine legale Registrierung zu erlangen oder aufrechtzuerhalten, indem sie mit einem kaum zu bewältigendem Papierkrieg eingedeckt werden. Dazu kommt, dass jeglicher Protest als «kriminelle Handlung» ausgelegt werden kann. Trotz der Repression finden unsere Partner*innen jedoch innovative Wege, um ihre Arbeit durchzuführen.

Zum Beispiel in Malaysia: Die Regierung reagierte empfindlich auf die Berichterstattung über Misshandlungen von Arbeitsmigrant*innen – wegen eines kritischen Berichts hat die Polizei sogar eine Razzia in den Büros von «Al Jazeera» durchgeführt und Journalist*innen verhaftet. Daher haben unsere Partnerorganisationen eine neue Vorgehensweise entwickelt: Sie führten eine detaillierte Untersuchung der Missbräuche gegenüber Arbeitsmigrant*innen durch, veröffentlichten diese

jedoch unter dem kollektiven Namen «Koalition der Wanderarbeiter*innen». So konnte die Identität der lokalen Organisationen geschützt werden. Ausserdem wandte sich die Koalition an die staatliche indonesische Menschenrechtskommission (d. h. im Herkunftsland), die selbst weitere Untersuchungen durchführte. Der Bericht wurde in Indonesien veröffentlicht und der malaysischen Menschenrechtskommission zugestellt (siehe Seite 14).

Rede- und Versammlungsfreiheit bleiben der Schlüssel für marginalisierte Gruppen, um sich für ihre Anliegen zu organisieren und «menschenswür-

«Regierungen benutzen die Pandemie als Vorwand, um «Notstandsgesetze» zu erlassen und die demokratischen Räume zu beschneiden.»

dige Arbeit» für alle zu erreichen. Die wachsende Einschnürung der demokratischen Räume weltweit bedroht dieses Engagement. Deshalb ist die Unterstützung von Solidar Suisse bei der internationalen Vernetzung wichtig. So hat im Fall von Soy Sros eine internationale Kampagne zu ihrer Freilassung am 28. Mai geführt. Inzwischen wurde auch die Anklage fallen gelassen.



Ihre Spende wirkt

Ihr Beitrag von 50 Franken ermöglicht die rechtliche Unterstützung einer Arbeiterin oder eines Arbeiters im Konflikt mit der Fabrikleitung. 100 Franken erlauben eine demokratische Wahl von gewerkschaftlichen Arbeitervorteiler*innen, und mit 250 Franken kann die Gründungsver-sammlung einer unabhängigen Textilarbeiter*innen-Gewerkschaft durchgeführt werden.

WER KRITISIERT, WIRD ENTFÜHRT

Trotz Recht auf Meinungsfreiheit muss in Moçambique mit Repression rechnen, wer sich kritisch äussert.

Text: Jorge Lampião, ehemaliger Leiter des Solidar-Koordinationsbüros in Moçambique, Foto: Solidar Suisse



*Dorfbewohner*innen in Moçambique diskutieren an einer Versammlung ihre dringendsten Bedürfnisse.*

«Wir müssen uns damit abfinden, dass das Recht auf freie Meinungsäusserung nicht respektiert wird – oder es trotzdem wagen, die Regierung zu kritisieren», bringt Aktivist Bila S. auf den Punkt, wie sich die Einschränkung der Zivilgesellschaft in Moçambique zeigt.

Fortschritte werden rückgängig gemacht

2004 wurde die Meinungsfreiheit in der Verfassung und im Pressegesetz verankert. Seither öffnete sich der Raum für zivilgesellschaftliche Beteiligung nach und nach. Diese Entwicklung wurde jedoch durch die politische Krise im Jahr 2014 abrupt gestoppt: Die Oppositionspartei Renamo weigerte sich, das Ergebnis der Wahlen zu akzeptieren und drohte, ihren Sieg in sechs Provinzen mit Waffengewalt durchzusetzen. Seither verunsichern militärische Attacken die Bevölkerung, ab 2017 verschlimmert durch jihadistische Anschläge im Norden des Landes. Die Gewalt bremst die soziale, politische und ökonomische Entwicklung und hat viele Menschen intern vertrieben.

Auch die langsame Veränderung der politischen Kultur droht rückgängig gemacht zu werden. Kritische Journalist*innen und Organisationen der Zivilgesellschaft sind mit Drohungen und Gewalt konfrontiert, denn viele staatliche Akteur*innen sind nicht bereit, Kritik von Organisationen, Bürger*innen oder unabhängigen Medien zu akzeptieren.

Attacken und Entführungen

Einbrüche in die Räumlichkeiten von zivilgesellschaftlichen Organisationen oder unabhängigen Medien sind ebenso an der Tagesordnung wie anonyme Drohungen und gewaltsame Übergriffe. So wurde der Journalist Paulo Machava 2015 umgebracht und der Antikorruptionsaktivist Jaime Macuane 2016 gekidnappt und angeschossen. Am 7. April 2020 verschwand Radiojournalist Ibraimo Abu Mbaruco. Seit seinem letzten SMS, dass er von Militär umzingelt sei, fehlt jede Nachricht von ihm. Gegen die Täter vorzugehen, ist schwierig, da diese meist unerkannt bleiben.

In diesem Umfeld braucht es keine Verbote, um die Menschen davon abzuhalten, ihre Anliegen zu äussern – geschweige denn, sich dafür zu organisieren. Besonders heikel ist es, Korruption und Klientelismus infrage zu stellen. Wer dies dennoch wagt, muss mit dem Eingreifen der Polizei rechnen: Im März 2015 wurde eine friedliche Demonstration gegen die Ermordung des Verfassungsrechtlers Gilles Cistac von der Polizei gestoppt. 2016 löste die Polizei eine Demonstration in Maputo auf, die ein Ende der politischen und militärischen Instabilität und die Aufklärung des Kreditskandals im Land forderte. Das Gleiche geschah mit einer Demonstration von Frauenorganisationen, die verlangten, dass der Entscheid des Erziehungsministeriums aufgehoben wird, dass der Rock der Schuluniform für Mädchen übers Knie reichen muss.

Konstruktiver Dialog tut not

Solidar Suisse setzt sich gegen Einschüchterung und Einschränkung der verfassungsmässig garantierten demokratischen Rechte ein. Wir stärken zivilgesellschaftliche Organisation und fördern den Dialog mit den Behörden in zwölf Distrikten und drei Gemeinden der Provinzen Sofala, Manica und Tete, wovon zwei Millionen Einwohner*innen profitieren. Denn eine transparente und offene Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft ist ein wesentlicher Schritt in Richtung freier Ausübung der Bürger*innenrechte. Damit der Wunsch von Bila S. Realität wird: «Die Machthabenden sollten zuhören und analysieren, anstatt Meinungen zu unterdrücken.»

«**WIR FINDEN IMMER EINEN WEG**»

In Nicaragua behindert die Regierung die Arbeit von Frauenorganisationen gegen Gewalt. Nun haben die Pressionen einen neuen Höhepunkt erreicht.

Text: Alexander Rayo, Leiter des Solidar-Koordinationsbüros in Nicaragua, Foto: Freidell Urbina

«Öffentliche Aktionen gegen Gewalt an Frauen sind in Nicaragua fast nicht mehr möglich», erzählt Jamileth Torres über die Behinderung der Arbeit ihrer Frauenorganisation in Matagalpa. «Wenn die Polizei im öffentlichen Raum eine Gruppe von mehr als vier Personen beobachtet, werden sie nicht selten festgenommen. Als wir öffentlich ermordeten Frauen gedenken wollten, hat uns die Polizei eingekreist und gezwungen, die Kundgebung aufzulösen.»

Kontinuierliche Verschärfungen

Die Einschränkungen der Zivilgesellschaft haben mit der Wahl des Präsidenten Daniel Ortega im Jahr 2007 begonnen. Der Regierung sind alle ein Dorn im Auge, die in irgendeiner Form ihren Machterhalt und ihr Image gefährden könnten. Die laufende Verschärfung der Situation kulminiert sich in einem neuen Gesetz «zur Regulierung ausländischer Agenten», das am 19. Oktober 2020 in Kraft getreten ist. Damit könnten NGOs, die sich in «Fragen, Aktivitäten oder Themen der internen Politik einmischen», der Status als juristische Person abgesprochen werden. Als «ausländische Agenten» werden natürliche oder juristische Personen jeglicher – auch nicaraguanischer – Nationalität klassifiziert, die externe Mittel erhalten. Das Gesetz hat grosse Besorgnis und Unsicherheit bei den Solidar-Partnerorganisationen wie der von Jamileth Torres ausgelöst. Sie befürchten, dass die Regierung willkürlich einer Organisation die juristische Person aberkennen könnte, wenn diese vermeintlich gegen Regierungsinteressen verstösst. Sicher ist, dass es zu einer Zunahme der Bürokratie führt.

Frauenorganisationen speziell betroffen

Frauenorganisationen stehen besonders im Fokus der Regierung: «Die Öffentlichkeit und die internationale Gemeinschaft sollen glauben, in Nicaragua gebe es keine Probleme», sagt Torres. «Dass wir auf die Verletzung der Rechte von Frauen hinweisen, für das Problem der Gewalt sensibilisieren und Unterstützung für die Betroffenen leisten und fordern, entspricht nicht dem Bild, das die Regierung von Nicaragua präsentieren möchte.» So gibt es schon seit Jahren keine offiziellen Informationen zu Gewalt an Frauen mehr. Laut Torres, die seit über 20 Jahren für Frauenrechte kämpft, hat deswegen die Sensi-

bilisierung in der Bevölkerung ab- und die Gewalt zugenommen. Da der Staat keine Statistiken mehr veröffentlicht, kann sie dies allerdings nicht belegen. «Das zeigt, wie es um unser Land bestellt ist: Es gibt weder Zahlen zu Delinquenz und Gewalt noch zu Gesundheitsversorgung oder der Wirtschaft. Alles basiert auf Mutmassungen», empört sie sich.

Gewalt nimmt zu

Weitere Gründe für die Zunahme von Gewalt gegen Frauen sieht die 49-Jährige in der mangelnden Strafverfolgung: «Frauen, die eine Anzeige machen wollen, werden von der Polizei häufig nicht ernst genommen. Prozesse enden selten mit der Verurteilung des Täters.» Nicaragua hat zwar Gesetze zur Prävention von Gewalt: «Aber sie werden nicht angewandt. Das schwächt die Glaubwürdigkeit des Staates und begünstigt ein Klima der Straflosigkeit. Wenn die Täter keine Strafverfolgung befürchten müssen, fördert das wiederum Gewalt.»

Was motiviert Jamileth Torres, sich entgegen aller Widerstände so hartnäckig für die Rechte von Frauen einzusetzen? «Frauenorganisationen bestehen über Kriege und Krisen hinweg, weil misshandelte Frauen ihre Unterstützung brauchen. Hindernisse überwinden wir kreativ», meint sie schmunzelnd. «Wir machen jetzt psychologische Beratungen per Telefon, für die Präventionsarbeit gehen wir von Tür zu Tür und reden mit den Leuten. Wir finden immer einen Weg, Frauen zu unterstützen, die Gewalt erleben.»

Jamileth Torres kämpft seit 20 Jahren gegen Gewalt an Frauen in Nicaragua.





Foto: Simon B. Opladen

SCHWEIZ ZIEHT WIRTSCHAFT MENSCHENRECHTEN VOR

Die Schweiz ist stolz auf ihre humanistische Tradition als Wiege der Menschenrechte. Wir wollten von Alexandra Karle von Amnesty International wissen, ob unser Land dem eigenen Anspruch gerecht wird.

Interview: Katja Schurter, verantwortliche Redaktorin der Solidarität

Wie kann sich die Schweiz gegen Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern einsetzen?

Vor allem mit bilateralen Gesprächen und Diplomatie: Als Gaststaat des Menschenrechtsrats hat die Schweiz eine gewichtige Stimme. Am G20-Gipfel letzten November, der von Saudi-Arabien gehostet wurde, hat sie die Menschenrechte jedoch nicht zur Sprache gebracht.

Wären wirtschaftliche Verbindungen nicht auch ein Hebel?

Doch, eigentlich der wirksamste. Aber wirtschaftliche Beziehungen und Vorteile für Schweizer Unternehmen werden höher gewichtet als die Menschenrechte. Bei Waffenausfuhren ist die Schweiz zwar durch nationale Exportkontrollen und den Arms Trade Treaty gebunden. Trotzdem haben die Interessen der Rüstungsindustrie ein hohes Gewicht. Die Beschränkungen könnten viel schärfer ausgelegt werden. Auch Freihandelsabkommen könnten an Zugeständnisse bezüglich Men-

schenrechte gebunden werden. Hier hätte die Schweiz mehr Möglichkeiten.

Die Schweiz profitiert also wirtschaftlich von Menschenrechtsverletzungen?

Sie nimmt sie zumindest in Kauf, um den Wirtschaftsbeziehungen nicht zu schaden.

Gibt es da nicht ein Problem der Politikkohärenz?

Natürlich. Die Menschenrechtspolitik der Schweiz fordert den Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen, das Recht auf friedlichen Protest und den Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten. Die Frage ist aber, ob diese Agenda vom Bundesrat auch wirklich vertreten wird. Wir fordern von der Schweiz mehr Mut, die Menschenrechte anzusprechen. Zum Beispiel hat Ägypten Ende November drei Angehörige einer Menschenrechtsorganisation verhaftet, die sich zuvor mit westlichen Diplomatin*innen getroffen hatten, darunter der

Schweizer Botschafter. Einige Länder protestierten lautstark, worauf die Gefangenen wieder freikamen. Die Schweiz jedoch schwieg. Stille Diplomatie sei erfolgreicher und die Schweiz neutral. Hier gibt es zwei Denkfehler: Einerseits ist die Schweiz nicht wegen der Neutralität glaubwürdig. Andererseits ist es ein Märchen, dass Handel zwangsläufig zu Öffnung und der Verbesserung der Menschenrechte führt. Das zeigt sich an China, wo die immer engeren Wirtschaftsbeziehungen nicht zu einem besseren Schutz der Menschenrechte geführt haben. Ein Land kann erfolgreich stille Diplomatie betreiben und trotzdem zu seinen Werten stehen. Stattdessen schränkt die Schweiz in vorauseilendem Gehorsam bei Staatsbesuchen die Meinungsfreiheit im eigenen Land ein, zum Beispiel mit einem faktischen Demonstrationsverbot für Tibeter*innen. In Deutschland gibt es das nicht.

Wie sehen Sie die Einschränkung der Zivilgesellschaft in der Schweiz?

Im Nachgang zur Konzernverantwortungsinitiative erleben wir einen Angriff auf die Zivilgesellschaft – zum Beispiel mit einer parlamentarischen Motion, die den NGOs die Steuerbefreiung absprechen will, wenn sie sich politisch engagieren. So wird versucht, das zivilgesellschaftliche Engagement für Menschenrechte und Umweltschutz einzuschränken. Die NGOs werden als finanzkräftige Übermacht dargestellt. Dabei ist das Geldargument völlig falsch: Es waren die Bürger*innen, welche die Kampagne mit ihren Kleinspenden ermöglicht haben. Die NGOs haben alle zusammen nicht mal einen Zehntel zum Budget beigetragen. Es ist ein Einschüchterungsversuch, um die NGOs mundtot zu machen.



Foto: Khanya College

ERFOLGREICHER ARBEITSKAMPF

Am 1. Juli 2020 wurden 8000 Spitex-Arbeiter*innen in der südafrikanischen Provinz Gauteng von der Regierung fest angestellt. Bis anhin hatten sie weder einen regulären Lohn noch eine Kranken- und Rentenversicherung. Shaun Hermans aus Johannesburg: «Manchmal erhielten wir monatelang kein Geld. Ich bin sehr froh, dass wir nun einen Lohn bekommen.» Die Spitex-Arbeiter*innen, hauptsächlich Frauen, besuchen Kranke in den Armenvierteln. In der Corona-Pandemie garantieren sie trotz des maroden Gesundheitssystems eine Mindestversorgung. Der Sieg im jahrelangen Rechtsstreit ist auch der Beratung der Solidar-Partnerorganisation Khanya College zu verdanken und verleiht als Präzedenzfall dem Arbeitskampf von Spitex-Arbeiter*innen im ganzen Land Schub.

SOLIDAR SUISSE VERLÄSST SERBIEN

Gesamtarbeitsverträge, Verbesserungen der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, höhere Löhne für Hunderttausende Arbeiter*innen, der Aufbau von Praktikumsprogrammen für junge Arbeitslose und Berufsschüler*innen, dank denen 500 junge Serb*innen ein Praktikum absolvierten und 150 von ihnen im Anschluss eine Anstellung fanden: Die Bilanz von 15 Jahren Solidar-Präsenz in Serbien kann sich sehen lassen. Nun richtet Solidar Suisse sein Programm in Südosteuropa neu aus. Wir schliessen unser Koordinationsbüro in Belgrad und konzentrieren uns stärker auf Bosnien und Kosovo. Doch unsere Arbeit setzt sich fort: Die lokalen Behörden und Berufsschulen führen die Praktikumsprogramme weiter.



Foto: Milos Milivojovic



Foto: Micheline Ouaméga

SOLIDARITÄT STATT GESCHENKE

Line Rennwald und Adrian Zimmermann aus Delémont kontaktierten uns letzten Sommer, weil sie sich anlässlich der Geburt ihres zweiten Kindes lieber solidarisch zeigen wollten, als Geschenke zu erhalten: Sie wollten ihre Freund*innen und Verwandten auffordern, Solidar Suisse zu spenden. Wir produzierten dafür ein zweisprachiges Factsheet zu unseren Bildungsprojekten in Burkina Faso, die Kindern und Jugendlichen Perspektiven eröffnen. Die Familie Rennwald-Zimmermann leitete den Flyer ihren Lieben weiter. Mit durchschlagendem Erfolg: 34 Personen meldeten sich bei uns und spendeten total 2540 Franken. Wir danken für das tolle Engagement und wünschen der kleinen Clara einen guten Start!



MISSHANDELT UND ABGESCHOBEN

Die Bedingungen in malaysischen Abschiebezentren für Arbeitsmigrant*innen sind katastrophal. Dabei würde die Palmölindustrie auf Sabah ohne sie nicht funktionieren.

*Text: Simone Wasmann, Verantwortliche Kampagnen Faire Arbeit Asien,
Fotos: Solidar Suisse*

«Um sechs Uhr wurden wir aufgefordert, uns mit den Händen auf dem Rücken und gesenktem Kopf aufzustellen. Die Wärter mussten wir mit «Guten Morgen Cikgu (Lehrer)» begrüßen. Wer das nicht tat, wurde geschlagen und getreten. Bei jedem Schlag zwangen sie uns, «Danke, Cikgu» zu sagen, sonst machten sie weiter.» So schildert ein indonesischer Arbeitsmigrant die unmenschlichen Bedingungen in einem Abschiebezentrum im malaysischen Sabah. 90 Prozent der Arbeiter*innen auf den Palmölplantagen in der Provinz kommen aus Indonesien, den meisten fehlt die Arbeitserlaubnis. Werden sie von der Polizei kontrolliert oder bei einer Plantagenrazzia erwischt, sind sie systematischer Erniedrigung und Misshandlung ausgesetzt und werden anschliessend nach Indonesien zurückgeschafft.

Während des Corona-Lockdowns im April und Mai 2020 intensivierte die Polizei ihre Kontrollen. Gleichzeitig wurden die Abschiebungen auf Verlangen der indonesischen Seite gestoppt. Dies führte zu

einer massiven Überbelegung der vier Abschiebeeinrichtungen. Aus Platzmangel mussten die Internierten Seite an Seite schlafen. «Es gab zehn Blöcke von etwa 10 mal 15 Metern. In einen zwängten sie mehr als 200 Personen, es hatte aber nur drei Latrinen.»

Verstörende Augenzeug*innenberichte

Nach der Wiederöffnung der Grenze folgte eine Abschiebewelle. Unsere Partnerorganisationen reisten zu den Ankunftsorten der deportierten Arbeitsmigrant*innen auf den indonesischen Inseln Nunkan und Sulawesi und sprachen mit 43 von ihnen. Ihre Schilderungen sind erschreckend: Arbeitsmigrant*innen werden willkürlich aufgegriffen. Gefängnisstrafen mit anschliessender Abschiebehaft gehören zur Routine. Sie erhalten keinen Rechtsbeistand und sind unmenschlicher und erniedrigender Behandlung ausgesetzt. Die Recherche brachte gravierende Menschenrechtsverletzungen zutage: Die Inhaftierten werden regelmässig von den Wär-

*Wegen ihrer rechtlosen Situation sind Arbeitsmigrant*innen auf Sabah der Willkür der Plantagenbesitzer*innen wehrlos ausgeliefert.*

ter*innen geschlagen oder gezwungen, den ganzen Tag in der Hocke zu verharren. Zum Beispiel, weil sie beim Morgenappell nicht korrekt gekleidet sind. Die Wärter*innen ohrfeigen die Gefangenen oder weisen sie an, sich gegenseitig zu ohrfeigen.

Katastrophal sind auch die hygienischen Zustände. Wegen der beengten Verhältnisse und dem dreckigen Wasser grassieren Hautkrankheiten. Das Risiko für Infektionskrankheiten wie Tuberkulose, Durchfall, Cholera ist enorm, dazu kommt Covid-19: «Nach dem Ausbruch von Corona im Frühling wurden wir täglich von Kopf bis Fuss unter Hochdruck mit Desinfektionsmittel besprüht. Die nasse Kleidung konnten wir nicht wechseln.»

Frauen müssen ohne medizinische Hilfe gebären, wie eine Zeugin erzählt: «Während meiner Zeit in Abschiebehaft zwischen Februar und Juni 2020 haben in meinem Block drei Frauen ein Kind geboren. Die Babys waren sehr klein, wohl wegen der Unterernährung.»

Auf Migrant*innen angewiesen

Das Perfide ist, dass die Palmölindustrie in Sabah nicht ohne die undokumentierten Arbeitsmigrant*innen auskäme. Denn die Behörden erteilen nur eine Arbeitsbewilligung pro acht Hektar Anbaufläche. In der Realität stellen die Plantagenbesitzer*innen aber siebenmal mehr Arbeitskräfte ein, einfach ohne Papiere.

So zwingt die Regierung die Menschen in die Illegalität, um sie dann zu kriminalisieren und zu misshandeln. Die permanente Angst vor Inhaftierung macht die Arbeiter*innen anfällig für Ausbeutung und liefert sie den Plantagenbesitzer*innen schutzlos aus.

Erste Verbesserungen

Nachdem die nationalen Menschenrechtskommissionen von Indonesien und Malaysia über die Zustände berichtet hatten, begann das indonesische Generalkonsulat in Sabah im Oktober 2020, Anwält*innen zu rekrutieren, um

indonesische Migrant*innen bei Gerichtsverfahren zu unterstützen. So können Angehörige erstmals rechtliche Unterstützung beantragen. Auch auf der malaysischen Seite hat sich etwas getan. Die Menschenrechtskommission (SUHAKAM) wird

Die Wärter*innen ohrfeigen die Gefangenen oder weisen sie an, sich gegenseitig zu ohrfeigen.

die Situation in den Abschiebezentren verfolgen, und die Behörden auf Bundes- und lokaler Ebene haben das Problem zumindest zur Kenntnis genommen. Das sind erste Schritte, welche die skandalösen Bedingungen in malaysischen Abschiebelagern verbessern helfen.

*Arbeitsmigrant*innen in Malaysia warten am Hafen auf ihre Abschiebung nach Indonesien.*



DEN RICHTIGEN HEBEL FINDEN

Der Gewerkschafter Athit Kong engagiert sich in Kambodscha für die Rechte der Textilarbeiter*innen. Seine Erfolge sind durch Repression und Corona bedroht.

Text: Katja Schurter, verantwortliche Redaktorin der Solidarität, Foto: Solidar Suisse



*Athit Kong bei der Verteilung von Lebensmitteln an Textilarbeiter*innen, die wegen der Corona-Krise ihre Arbeit verloren haben.*

Mit 17 kam er vom Land nach Phnom Penh, um in einer Textilfabrik zu arbeiten. Eine Ausbildung konnten sich die Eltern von Athit Kong nicht leisten. «Ich hatte nichts: keinen Dollar, kein Essen, keinen Arbeitsvertrag. Ich arbeitete 365 Tage von sieben Uhr morgens bis zehn Uhr abends. Krankheit hätte Entlassung bedeutet», erzählt er von seinem Einstieg in die Arbeitswelt. Das war im Jahr 1998. Bald darauf begann er sich zu engagieren, um die miserablen Bedingungen in der Fabrik zu ändern. «Ich kann die Augen nicht verschliessen, wenn um mich herum Leute leiden. Ich muss für Gerechtigkeit kämpfen.»

Erfolgreiche Gewerkschaft

So gründete Kong 2000 zusammen mit anderen die Gewerkschaft Coalition of Cambodian Apparel Workers Democratic Union (C.CAWDU), deren Präsident er seit 2019 ist. C.CAWDU hat in den letzten 20 Jahren viel erreicht: «1998 gab es keinen Mindestlohn, wir setzten ihn 2002 durch – und er ist inzwischen von 40 auf 192 Dollar für 2021 gestiegen. Auch die Mitgliederzahlen legten von 5000 auf 60 000 zu», erzählt Athit Kong sichtlich stolz. Weitere Erfolge sind ein Sozialversicherungssystem mit bezahlten Krankheitstagen und die Bildung von starken Gewerkschaften in den Fabriken.

Doch der Mindestlohn reicht nicht zum Leben. Dafür braucht es laut einer Studie der NGO Asia

Floor Wage etwa 250 bis 350 Dollar. «Der Existenzlohn ist unser nächstes Ziel», meint Kong. Und die Organisation der Textilarbeiter*innen – eine Million an der Zahl und ein Sechstel aller kambodschanischen Arbeitskräfte: Von ihnen ist nur knapp die Hälfte in der Gewerkschaft. «Die Frage ist, wie wir sie motivieren können, sich für ihre Rechte zu engagieren. Aus Angst vor Entlassungen nehmen sie vieles hin, auch Hunger», weiss er aus Erfahrung.

Einschränkung des Handlungsspielraums

Die zunehmende Unterdrückung der Zivilgesellschaft seit den Wahlen 2013, als die Opposition der Regierungspartei gefährlich zu werden drohte, trägt zum Klima der Angst in Kambodscha bei. «Die Regierung diffamiert Leute, die für ihre Rechte kämpfen, und behauptet, sie gehörten zur Opposition», erzählt Kong. Repressalien hat er auch persönlich zu spüren bekommen. So gab es in den letzten Jahren Attacken gegen C.CAWDU-Angehörige sowie eine Anklage gegen Athit Kong und weitere Aktivist*innen wegen eines Streiks. Er sieht dadurch die direkten Aktionsmöglichkeiten der Gewerkschaften bedroht, was sie entscheidend schwächt. Auch Covid-19 trägt zur Einschränkung der politischen Rechte bei: «In Pandemiezeiten können wir uns schlechter organisieren – Grossveranstaltungen und Streiks sind nicht

möglich. Regierung und Arbeitgebende nutzen dies, um gegen missliebige Aktivist*innen vorzugehen.»

So steht die Gewerkschaft doppelt unter Druck: Einerseits durch die Repression und andererseits von Seiten der Arbeiter*innen, die erwarten, dass die Gewerkschaft sich erfolgreich für sie einsetzt. «Den Arbeiter*innen ist nicht unbedingt klar, dass wir aktuell weniger Möglichkeiten haben. Das führt zu Enttäuschung und bedroht die Einigkeit.»

Was tun?

Deshalb erklärt ihnen Athit Kong, dass nun nicht die Zeit zum Wachsen ist, sondern es darum geht, das Erreichte zu bewahren. «Das müssen unsere Mitglieder verstehen, sonst kommt Wut und Misstrauen auf», ist er überzeugt. Um die Durchsetzungskraft zu erhalten, braucht es Zusammenarbeit in nationalen und internationalen Allianzen. Letztere sind auch wichtig, um Druck auf die Brands auszuüben.

Mit internationalen Kampagnen hat C.CAWDU gute Voraussetzungen dafür geschaffen. Einige Markenunternehmen haben eine Rahmenvereinbarung unterschrieben, damit ihre Lieferfirmen die Arbeitsrechte respektieren. «Wir müssen stets schauen, wo die Macht ist und wo der Hebel, um sie herauszufordern», meint der erfahrene Gewerkschafter. Damit C.CAWDU ihre Arbeit tun kann, ist finanzielle Unabhängigkeit gerade in Zeiten politischer Repression existenziell. Dazu trägt auch die Unterstützung von Solidar Suisse entscheidend bei.

Doch Corona hat nicht nur die Freiheit der Zivilgesellschaft eingeschränkt, sondern auch zur Entlassung von rund 100 000 Arbeiter*innen geführt. Sie haben ihr Einkommen verloren, und die Unterstützung der Regierung genügt bei Weitem nicht. Trotz allem bleibt Athit Kong zuversichtlich: «Wenn die Allianz der Arbeiter*innen die Krise nutzt, um einiger und stärker zu werden, ist das eine grosse Chance.»



PATUMBAH LIEGT AUF SUMATRA

Eine Ausstellung in der Zürcher Villa Patumbah zeigt, wie Schweizer*innen am Kolonialismus mitwirkten.

Text: Katja Schurter, verantwortliche Redaktorin der Solidarität

Schweizer*innen waren seit dem 15. Jahrhundert an der Kolonialwirtschaft beteiligt – auch ohne eigene Kolonien.

Diese keineswegs neue

Erkenntnis erhält in der letzten Zeit endlich mehr Aufmerksamkeit, zum Beispiel in der Ausstellung «Patumbah liegt auf Sumatra». Den Rahmen bietet die Villa Patumbah von Carl Fürchtgott Grob. Er erbaute sie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach seiner Rückkehr aus Sumatra, wo er als Tabakpflanzer tätig war.

Netzwerke und Kontinuitäten

In der Ausstellung erfährt frau, dass Schweizer in Sumatra seit dem 17. Jahrhundert als Söldner tätig, an Expeditionen beteiligt und in Textilexporte involviert waren: Da der Zugang zu den europäischen Märkten durch hohe Zölle versperrt war, verkauften die Ostschweizer Fabrikanten ihre Ware dort. So war es ein kleiner Sprung in die Plantagenwirtschaft, als die niederländische Kolonialmacht die Insel Sumatra

1870 für private Investoren öffnete. 500 bis 700 Schweizer Männer nutzten die bereits existierenden Netzwerke und stiegen als Administratoren, Ingenieure und Techniker bei den Tabakplantagen ein, manchmal begleitet von ihren Ehefrauen. Die Sklaverei war zwar abgeschafft, doch mit dem herrschenden Kontraktarbeitssystem wurden Arbeiter*innen aus China und Java gnadenlos ausgebeutet, Gewalt und Menschenhandel waren an der Tagesordnung.

Es wird auch aufgezeigt, wie sich koloniale Praktiken bis heute weiterziehen: Die Arbeiter*innen, meist Migrant*innen, erhalten Hungerlöhne und wohnen an abgelegenen Orten, ihre Kinder haben kaum Zugang zur Schule. Die Journalistin Dyna Rochmyaningsih aus Medan meint dazu: «Die Kinder sollen wie ihre Eltern auf den Plantagen arbeiten, Bildung würde da nur stören.»

Bis 30. Mai 2021 in der Villa Patumbah

www.heimatschutzzentrum.ch,
Führung «Koloniales Zürich» am 21. März und 14. April, Anmeldung erforderlich.

8		7				5		
			1	7	4	8		
					3		9	
1					5			
		6	2		8	1		
			3					8
	4		8					
		8	4	2	6			
		2				4		3

SOLIDAR-SUDOKU

Füllen Sie die leeren Felder mit den Zahlen von 1 bis 9. Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile, jeder Spalte und in jedem der neun 3×3-Blöcke nur einmal vorkommen.

Das Lösungswort ergibt sich aus den grauen Feldern waagrecht fortlaufend, nach folgendem Schlüssel:
1=E, 2=C, 3=T, 4=D, 5=R, 6=H, 7=U, 8=N, 9=G

Schicken Sie das Lösungswort an Solidar Suisse – mit einer Postkarte oder per E-Mail an: kontakt@solidar.ch, Betreff «Rätsel».

- 1. Preis** Eine genähte Schutzmaske aus Moçambique
- 2. Preis** Ein USB-Stick des Projekts LanzArte in Bolivien
- 3. Preis** Ein Lama-Buchzeichen aus Bolivien

Einsendeschluss ist der 19. März 2021. Die Namen der GewinnerInnen werden in der Solidarität 2/2021 veröffentlicht. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Von der Teilnahme ausgeschlossen sind Mitarbeitende von Solidar Suisse.

Die Lösung des Rätsels in Solidarität 4/2020 lautete «Ja zur Konzernverantwortungsinitiative». Ursula und Fritz Fuhrer aus Ependes haben eine Decent-Work-Schutzmaske, Heidi Mettler aus Mitlödi eine DVD «Konzern Report» und Regula Brassel aus Bern ein silbernes Lama-Buchzeichen aus Bolivien gewonnen. Wir danken den Mitspielenden für die Teilnahme.

Lösungswort:

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

persönlich

Wenn extreme Ungleichheit die Welt zerreisst

Persönlich, 18.12.2020

Spinas Civil Voices lanciert für Solidar Suisse eine Digitalkampagne. Im Mittelpunkt: ein kämpferisches Video.

Die Reichsten werden immer reicher, während Millionen arbeitender Menschen nicht genug zum Leben verdienen. Das ist nicht nur unfassbar unfair, sondern auch gefährlich für den Frieden und das Wohlergehen der Welt, heisst es in einer Mitteilung. Solidar Suisse startet eine Kampagne zum brandaktuellen Thema der extremen Ungleichheit und positioniert sich klar als Kämpferin für mehr globale Fairness. Die Organisation will mit der digitalen Kampagne auf die Brisanz der wachsenden Ungleichheit hinweisen. Gleichzeitig sollen Spenden generiert werden, um Arbeiterinnen und Arbeiter in Billiglohnländern bei ihrem Kampf um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu unterstützen. (...) Erste Auswertungen zeigen weit überdurchschnittliche Click-Raten.

Luzerner Zeitung

Vorwurf der sexuellen Belästigung in Barbie-Fabriken

Luzerner Zeitung, 3.12.2020

Eine Untersuchung von Solidar Suisse in einer Mattel-Spielzeugfabrik in China zeigt, dass sexuelle Belästigung für die Arbeiterinnen dort ein gravierendes Problem ist. (...) Übergriffe und sexuelle Belästigung sind an der Tagesordnung.

Die Fabrik Dongguan Changan hat insgesamt 2300 Beschäftigte, die unter anderem die berühmte Barbie-Puppe herstellen. Üble Sprüche über das Aussehen, erniedrigende Bemerkungen, unerwünschte Berührungen oder die Verbreitung von Sexbildern: All diese Formen der sexuellen Belästigung wurden dokumentiert. (...)

Mattel verweist bei dem Problem gerne auf seinen Verhaltenskodex. Doch die Konzepte der Firma bleiben bisher wirkungslos, da nicht in eine ernsthafte Problemanalyse investiert wird und es für die Mitarbeiterinnen keine funktionierenden Beschwerde-mechanismen gibt.

bz

Bürgerliche nehmen die Hilfswerke ins Visier

Zeitung für die Region Basel, 2.12.2020

(...) Als Steuerzahler und Unterstützer von Hilfswerken erleide ich keinen Vertrauensverlust, wenn NGOs Not lindern und zugleich Not verhindern. Formaljuristisch ist es sicher korrekt, wenn Solidar Suisse Geld an die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit (Deza) zurückzahlen muss, weil dieses Hilfswerk die Konzernverantwortungsinitiative (KVI) unterstützt hat. Das unbestrittene Ziel der KVI wird vom Deza ideell aber in erheblichem Ausmass auch finanziell unterstützt. (...) Mein Vertrauen in die Politik wird gestärkt, wenn Steuergelder möglichst effizient eingesetzt werden. Dazu gehört auch die Ursachenbekämpfung von Armut, Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung. Ich brauche dann nicht unbedingt zu wissen, ob ein oder zwei von hundert Franken der NGO-Steuer-gelder für die Prävention und der Rest für die Therapie des Übels eingesetzt werden. Samuel Buser, Laufen

AKTIV WERDEN

Kämpfen Sie mit uns für globale Fairness. Dazu gibt es im Kleinen wie im Grossen viele Möglichkeiten – hier ein paar konkrete Vorschläge.

UMFRAGE

Soll sich Solidar Suisse politisch äussern?

Finden Sie es richtig, dass sich Solidar in der Schweiz bei politischen Debatten über internationale Themen einbringt? Oder denken Sie, dass eine NGO wie Solidar Suisse sich ausschliesslich um die Projekte im globalen Süden kümmern sollte?



Zur Umfrage:
www.solidar.ch/frage

UNSEREN NEWSLETTER ABONNIEREN



Mit dem Newsletter informieren wir Sie über die Aktivitäten und Erfolge von Solidar Suisse in unseren Projektländern. Ausserdem laden wir Sie damit ein, sich an unseren Kampagnen zu beteiligen. Zum Beispiel für faire Arbeitsbedingungen für Arbeitsmigrant*innen auf den Palmölplantagen in Sabah oder für Textilarbeiter*innen in Kambodscha.



Zum Newsletter:
www.solidar.ch/newsletter

SPENDEN



Gegen extreme Ungleichheit

Unterstützen Sie unseren Kampf gegen die weltweite extreme Ungleichheit mit einer Spende. Damit ermöglichen Sie es benachteiligten Menschen, für ihre Arbeitsrechte einzustehen und für ein würdiges Leben ohne Ausbeutung zu kämpfen – gerade auch während der Pandemie. Setzen Sie sich gemeinsam mit uns für eine fairere und gerechtere Welt ein!



Mehr erfahren und spenden:
www.solidar.ch/extreme-ungleichheit

MITKÄMPFEN

IMPRESSUM

Herausgeber Solidar Suisse, Quellenstrasse 31, Postfach 2228, 8031 Zürich, Tel. 044 444 19 19, E-Mail: kontakt@solidar.ch, www.solidar.ch
Postkonto 80-188-1
Mitglied des europäischen Netzwerks Solidar
Redaktion Katja Schurter (verantwortliche Redaktorin), Christian von Allmen, Lionel Frei, Benjamin Gross, Cyrill Rogger

Layout artischock.net
Übersetzungen Katja Schurter, Anne Walder, Jean-François Zurbriggen
Korrektorat Jeannine Horni, Catherine Vallat
Druck und Versand Unionsdruckerei/subito AG, Walther-Bringolf-Platz 8, 8201 Schaffhausen
Erscheint vierteljährlich, Auflage: 37 000
Der Abonnementspreis ist im Mitgliederbeitrag

inbegriffen (Einzelmitglieder mindestens Fr. 70.–, Organisationen mindestens Fr. 250.– pro Jahr).
Gedruckt auf umweltfreundlichem Recycling-Papier.

Rückseite Kämpfen Sie mit uns gegen extreme Ungleichheit. Foto: Millefoto.



WAS ZERREISST DIE WELT?

Im Pandemie-Jahr 2020 wurden die Milliardär*innen der Welt im Schnitt um 29 Prozent reicher. Gleichzeitig verloren 245 Millionen Arbeiter*innen ihren Job – und häufig ihre Existenzgrundlage.

Sehen Sie in unserem Video das dramatische Ausmass und die gefährlichen Folgen der weltweiten extremen Ungleichheit und helfen Sie uns, dagegen zu kämpfen:



www.solidar.ch/extreme-ungleichheit

**Herzlichen Dank
für Ihre Unterstützung!**